

Kein Jubel nach Verhandlungen zu Pensionen

Nach Ende der Pensionsverhandlungen sehen Seniorenvertreter wenig Erfolge.

Wien. 9,7 Prozent mehr Pension gibt es für Österreichs Senioren ab 2024. Besonders erfreut zeigten sich die Präsidenten des Österreichischen Seniorenrats, Peter Kostelka (SPÖ) und Ingrid Korosec (ÖVP) am Donnerstag dennoch nicht.

Zwar begrüßen sie, dass der von der Statistik Austria festgelegte Richtwert für das Pensionsplus nicht mit verschiedenen Einmalzahlungen gegengerechnet worden sei – das sei aber die einzige ihrer Forderungen, die vollständig umgesetzt worden sei, sagte Kostelka. „Es war ein sehr harter Kampf mit dem Finanzminister“, stellte auch Korosec fest. Immerhin ein Teilerfolg sei die angekündigte Schutzklausel zur Verhinderung eines drohenden Wertverlusts für den Pensionsjahrgang 2024. Die Seniorenvertreter hätten sich aber gewünscht, dass dies bereits für zwei Jahre, also auch das Jahr 2025, festgelegt werde.

Nicht durchsetzen konnten Kostelka und Korosec sich bei ihren Forderungen nach der dauerhaften Abschaffung der Aliquotierung der Pensionserhöhung – dass die Höhe des Plus also vom Monat des Pensionsantritts abhängt. Besonders die türkische Seniorenvertreterin beklagt auch die Deckelung der Pensionserhöhung für Pensionen ab 5850 Euro. Das entspreche weder dem Leistungs- noch dem Versicherungsprinzip.

„Bedauerlicher Stil“

Insgesamt kritisierten Korosec und Kostelka den „bedauerlichen Stil“ der Regierung im Umgang mit dem Seniorenrat. Es reiche nicht, wenn Sozialminister Johannes Rauch (Grüne) sich im Frühjahr mitführend nach den Bedürfnissen der Pensionistenvertretungen erkundige, „um dann im September die Gespräche abbrennen zu lassen“, sagte Kostelka. Zudem habe die Bundesregierung die Altersarmut in dieser Legislaturperiode auf sechs Prozent halbieren wollen, man erwarte aber einen Anstieg auf 15 Prozent. (nmm)

Daten im Kanzleramt sichern erlaubt

Oberlandesgericht Wien entscheidet für WKStA.

Wien. Das Oberlandesgericht Wien hat die Beschwerde der Republik gegen die Anordnung der WKStA vom August 2022 zur Sicherstellung von Daten im Bundeskanzleramt abgewiesen. Diese Sicherstellungsanordnung war im Zusammenhang mit der ÖVP-Inseratenaffäre und dem sogenannten „Beinschab-Tool“ ergangen. Aufgrund eines weiteren Widerspruchs gegen die Daten-Sicherstellung kann die WKStA aber trotz des OLG-Entscheids aktuell noch nicht auf die Daten zugreifen. Die WKStA hatte ihre Sicherstellungsanordnung damit begründet, dass frühere enge Mitarbeiter von Ex-Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP) massenhaft E-Mails gelöscht und ihre Handys getauscht hätten. (APA)



Wissenschaftsbotschafter Johannes Preiser-Kapeller (links) im Gespräch mit Bildungsminister Martin Polaschek. [Carola Franz]

VON NOAH MICHAEL MAY

Wien. Johannes Preiser-Kapeller steht in einer Schulklasse und zeigt das Bild eines Tiers her, das die Volksschüler sofort identifizieren: ein Einhorn. Wenn er dann auch noch über dessen mystischen Zauberkräfte zu erzählen beginnt, wirkt das alles ein bisschen wie eine Märchenstunde. Dabei ist genau das Gegenteil der Fall: Hier geht es um Wissenschaft.

Denn wenn Preiser-Kapeller nicht gerade eine Schulklasse besucht, forscht er als Historiker am Institut für Mittelalterforschung der österreichischen Akademie der Wissenschaften. Dass er mit Schülern über Einhörner spricht, liegt daran, dass er einer von mehr als 380 ehrenamtlichen Wissenschaftsbotschaftern ist, die österreichweit in Schulen Workshops halten – wohlgerückt aber der einzige Einhornexperte.

Die Wissenschaftsbotschafter sind Teil eines Zehn-Punkte-Plans von Wissenschaftsminister Martin Polaschek, der das Vertrauen in Wissenschaft und Demokratie stärken soll. Studien zeigen, dass Österreich hier einigen Aufholbedarf hat. Ebenso soll den Schülern gezeigt werden, dass „Wissenschaft auch nicht immer einfache Antworten auf Fragen hat“, sagt Polaschek. Ziel sei nicht nur, wissenschaftliche Themen zu vermitteln, sondern auch, dass Wissenschaft ein Prozess ist. Der Minister hofft, dass durch den Kon-

Einhörner als Botschafter

Projekt. Angesichts der Wissenschafts- und Demokratieskepsis soll Schülern nun Forschung nähergebracht werden. Dabei helfen soll ausgerechnet ein Fabelwesen.

takt mit echten Forschern bei den Schülern Begeisterung geweckt werden kann und „die eine oder der andere aufgrund dieser Erfahrung vielleicht selbst in die Wissenschaft gehen wird“.

Fakten ändern sich

Aber wieso hilft nun gerade das Einhorn Preiser-Kapeller dabei, Wissenschaft zu vermitteln? „Jedes Kind hat seine eigene Vorstellung davon, und alle sind richtig, da es das Einhorn in der Natur nicht gibt“, sagt er. In der Wissenschaft habe das Einhorn jedoch lang existiert, wurde als faktisches Tier sogar in zoologischen Büchern abgedruckt, da vermeintliche Augenzeugen immer wieder die Existenz des Wesens bestätigten. Wie können also Wissen und Fakten wirklich ermittelt werden? Und was ist eigentlich ein stichhaltiger Beweis und was nicht? Fragen wie diese würden die Kinder schritt-

weise näher an wissenschaftliche Methoden heranzuführen, legt der Historiker dar.

„Für Kinder ist Wissenschaft anfangs auch ein bisschen ein Fabelwesen“, sagt der 46-Jährige. Einen Wissenschaftler stellen sie sich oft als Mann mit einem langen weißen Mantel, einer Schutzbrille und zerzausten Haaren, weil sein Labor in die Luft geflogen ist, vor. „Das ist dann das erste Bild, das wir versuchen zurechtzurücken“, sagt Polaschek. Dazu sei es wichtig, dass die Schüler in persönlichen Kontakt mit Forschenden kommen – auch als Gegengewicht zur digitalen Lebenswelt vieler Jugendlichen. „Mit dem Virtuellen werden die Kinder ohnehin überschwemmt“, umso größer sei die Begeisterung, den Schülern originale Fundstücke zu zeigen, erklärt Preiser-Kapeller. „Ist die echt?“, würden die Kinder mit großen Augen fragen, wenn er eine tausend Jahre alte byzantinische

Goldmünze in die Klasse mitnimmt. Wenn er bejaht, sei das ein „großes Wow-Erlebnis“. Für den Historiker ist die Arbeit in den Schulen eine „der erfreulichsten Aufgaben“ als Wissenschaftler. „Es zählt zu den schönsten Momenten, wenn man mit Kindern etwas entdecken kann“, sagt er.

Demokratiebildung

Auch das Vermitteln von Demokratie soll in Zukunft mehr Platz in den Klassenzimmern bekommen. Denn auch die Demokratieskepsis der österreichischen Bevölkerung ist gewachsen, wie eine von Polascheks Ministerium in Auftrag gegebene Studie des Instituts für höhere Studien zeigt. „Kinder sind begeistert, wenn sie mitbestimmen dürfen, aber sie müssen ebenfalls lernen, zu diskutieren, andere Meinungen auch zuzulassen und ihr eigenes Urteil zu hinterfragen“, sagt der Minister. Preiser-Kapeller schließt an: „Gerade in einer Demokratie muss man sich gemeinsam darauf verständigen können, was die Wirklichkeit ist.“

Selbst im Nationalrat funktioniert das nicht immer auf Anhieb. So ein Einhorn könnte da schon helfen, scherzt Preiser-Kapeller, soll es doch der Legende nach „vergiftete Botschaften“ entlarven können. Dann lacht er. Bisher sei noch keine Anfrage zur Beschaffung eines Einhorns für den Nationalrat bei ihm eingegangen. Dessen Stundenplan wäre aber ohnehin zu voll.

SPÖ will Ende der „Toastbrotzeit“ zu Monatsende

Kinderarmut. Wegen der Teuerung könne sich eine halbe Million Menschen in Österreich keine ausgewogene Ernährung leisten. Besonders betroffen seien Kinder. Die SPÖ fordert von Sozialminister Rauch mehr Engagement.

Wien. Unter dem Titel „Breakfast Club“ bekommen Kinder in Kärnten und Tirol um 50 Cent ein ausgewogenes Frühstück. Seit einigen Monaten beobachtet die Volkshilfe, die das Projekt organisiert, aber eine Veränderung: „Es geht mehr Gebäck weg als davor“, sagt Sozialpolitikexpertin Hanna Lichtenberger. „Nicht, weil die Kinder beim Frühstück mehr essen, sondern weil sie beginnen zu hamstern.“

Das liege an der Teuerung, die Familien mit Kindern besonders hart treffe. Aktuell ist jedes fünfte Kind armutsbetroffen oder gefährdet. Die Kinder wüssten meist recht gut über ihre Situation Bescheid, sagt Lichtenberger. „In Fokusgruppen haben sie beispielsweise erzählt, dass früher am Monatsende, wenn das Geld knapp wurde, Buttermüdelzeit war. Jetzt ist die Butter so teuer, dass daraus Toastbrotzeit geworden ist.“ Bei der Ernährung von Kindern zeige sich, wie sehr

den Wochen ausarbeiten. Orientieren will man sich aber am Vorschlag der Volkshilfe: Für jedes Kind soll es einen Fixbetrag pro Monat geben. Abhängig vom Haushaltseinkommen kommt dazu gestaffelt ein Differenzbetrag, bis ein bestimmter Wert – die Volkshilfe spricht von 872 Euro – erreicht ist.

Das Sozialministerium erteilte der Kindergrundsicherung gegenüber der „Presse“ bereits zuvor eine Absage – zumindest für diese Regierungsperiode. Gleichzeitig verweise man darauf, dass Türkis-Grün vor dem Sommer ein Paket gegen Kinderarmut auf den Weg gebracht hat, dessen Volumen im Verhältnis zur Einwohnerzahl das Budget für die Kindergrundsicherung in Deutschland um ein Mehrfaches übersteige.

Übergewicht häufiger

Gesunde Lebensmittel seien tendenziell teurer als jene, die viel Kalorien und Zucker haben. Langfristig führe das dazu, dass unter armutsbetroffenen Kindern die Zahl an Übergewichtigen deutlich höher sei, sagt Lichtenberger. Die gesundheitlichen Folgen schlechter Ernährung würden sie später auch als Erwachsene begleiten.

Um gegenzusteuern, fordert die SPÖ nun die Einführung einer Kindergrundsicherung. Ein genaues Modell wolle man in den kommen-

den Wochen ausarbeiten. Orientieren will man sich aber am Vorschlag der Volkshilfe: Für jedes Kind soll es einen Fixbetrag pro Monat geben. Abhängig vom Haushaltseinkommen kommt dazu gestaffelt ein Differenzbetrag, bis ein bestimmter Wert – die Volkshilfe spricht von 872 Euro – erreicht ist.

Das Sozialministerium erteilte der Kindergrundsicherung gegenüber der „Presse“ bereits zuvor eine Absage – zumindest für diese Regierungsperiode. Gleichzeitig verweise man darauf, dass Türkis-Grün vor dem Sommer ein Paket gegen Kinderarmut auf den Weg gebracht hat, dessen Volumen im Verhältnis zur Einwohnerzahl das Budget für die Kindergrundsicherung in Deutschland um ein Mehrfaches übersteige.

Für die SPÖ ist das „kein nachhaltiger Weg gegen Kinderarmut“. Lichtenberger fordert von Sozialminister Johannes Rauch (Grüne), zu-

mindest wieder Arbeitsprozesse in Richtung Kindergrundsicherung zu starten. „Sonst ist das ja beinahe Arbeitsverweigerung“, sagt sie. Auch bei der Umsetzung der EU-Kindergrantsie hinke Österreich hinterher. Einen entsprechenden Bericht hätte Österreich schon im Vorjahr abgeben müssen, bisher sei das aber nicht passiert.

Ein warmes Essen am Tag

Teil der EU-Kindergrantsie wäre auch ein warmes Mittagessen pro Tag für jedes Kind. Dies müsse nach Wien nun in ganz Österreich in Schulen und Kindergärten eingeführt werden, fordert Lichtenberger. Aus Sicht der SPÖ soll bekanntlich auch die Mehrwertsteuer auf Lebensmittel ausgesetzt werden. Ob die Supermärkte das auch an die Kunden weitergeben, müsse von einer schlagkräftigen Antiteuerungskommission überwacht werden. (eho)